

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Plessen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

Die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Postabblatt für Wilsdruff.

Wilsdruff, Birkenhain, Blantenstein, Brunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch. Grumbach, Gruns bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lützen, M. Horn, Mültz-Rohlsdorf, Münzig, Neufirchen, Neustanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Uckerthorff, Wilsdruff, Wilsberg.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Friedrich.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Druck von Friedrich & Thomas, Wilsdruff.

Insertionspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Sonnabend, den 21. Juli 1906.

65. Jahrg.

No. 85.

Herr Gutsbesitzer Karl Bruno Schoge in Neufirchen ist heute als stellvertretender Stabsbesitzer für den zusammengelegten Stabsamtsbezirk Neufirchen in Pflicht genommen worden.

Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 11. Juli 1906.
Auf Blatt 46 des hiesigen Handelsregisters ist heute das **Erdlösen** der Firma **Schneider in Wilsdruff** eingetragen worden.
Wilsdruff, am 14. Juli 1906.
Reg. 158/06. **Königliches Amtsgericht.**

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß der Ziegelmüller **Ernst Schneider** und seine Ehefrau **Sidonie Anna Marie Schneider** in **Wilsdruff** durch Vertrag vom 13. Juli 1906 Gütertrennung vereinbart haben.
Wilsdruff, den 14. Juli 1906.
Reg. 159/06. **Königliches Amtsgericht.**

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß der Ziegelmüller **Theodor Schneider** und seine Ehefrau **Wilhelmine Emma Schneider**

geb. **Sperling** in **Wilsdruff** durch Vertrag vom 13. Juli 1906 Gütertrennung vereinbart haben.
Wilsdruff, den 14. Juli 1906.
A. Reg. 160/06. **Königliches Amtsgericht.**

Nachdem die vorgelegte Regierungsbehörde auf Ansuchen genehmigt hat, daß während des diesjährigen Schützenfestes die **Geschäftszeit im Handels- und Barbiergewerbe innerhalb der Stadt** für Sonntag, den 22. d. Mts., bis abends 8 Uhr und des **Handelsbetriebs auf dem Festplatze** für Sonntag, den 22., und Montag, den 23. d. Mts. bis abends 10 Uhr ausgedehnt werde, so wird solches hierdurch bekannt gemacht.
Wilsdruff, am 16. Juli 1906.
Der Bürgermeister.
Stahlenberaer. **Shm.**

Freibank Wilsdruff. Sonnabend, den 21. Juli d. J., von vorm. 8 Uhr ab
Rindfleisch. Preis: 35 Pfg. pro Pfund.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, 20. Juli 1906.

Deutsches Reich.

Die Afrikareise der Reichstagsabgeordneten.
Der Dampfer „Kronprinz“ der Deutschen Ostafrika-Linie mit den Reichstagsabgeordneten an Bord ist in Aden angekommen. An Bord ist alles wohl.

Zentrum bleibt Trumpf!

Ein Vorfall, der überaus bezeichnend ist für die Rücksicht, die man in Berliner leitenden Kreisen dem Zentrum schuldig zu sein glaubt, wird nachträglich von dem Berliner Besuch des spanischen Königs bekannt. Der jugendliche Herrscher hat bekanntlich für seine protestantischen Untertanen nicht viel übrig, und so ist es kein Wunder, daß unsere Glaubensgenossen Spaniens unter der Willkür klerikaler Organe in Staat und Kirche mancherlei zu leiden haben. Pastor Fliedner aus Madrid, der zur Zeit des Königsbesuches in Berlin weilte, veranlaßte deshalb den Evangelischen Bund, dem spanischen König eine Adresse zu überreichen, in der um Schutz der protestantischen Untertanen Spaniens gebeten werden sollte. Jetzt erfährt man durch ein Rundschreiben des Evangelischen Bundes, daß diese Ueberreichung unmöglich gemacht wurde „durch den Widerstand der entscheidenden Instanzen“. Wie leicht hätte sich die Berliner Regierung das Zentrum vor den Kopf gestoßen, wenn man hier dem Evangelischen Bunde das gewährte, auf das andere Bente ohne weiteres Anspruch erheben!

Eine „offizielle Gesetzesfälschung“

wirft die „Frei. Ztg.“ der Regierung vor. Bei Veröffentlichung des „Gesetzes wegen Aenderung des Brauereigesetzes“ im Reichsanzeiger soll die verantwortliche Behörde „eigenmächtig“ Aenderungen, beziehungsweise Einschaltungen vorgenommen haben. Wir nehmen davon Notiz in der Erwartung, daß eine befriedigende Aufklärung nicht lange auf sich warten läßt.

Ein neuer Mann in der Kolonialabteilung.

Rittergutsbesitzer von der Gröden-Groß-Maraunen, Mitglied des Allensteiner Kreisrates, ist nach der „Allensf. Ztg.“ als Vortragender Rat in die Kolonialabteilung eingetreten. Herr von der Gröden war bisher Regierungsrat bei der Bezirksregierung in Potsdam und vordem Polizeipräsident von Rixdorf.

Gastwirte gegen jede Bierpreiserhöhung.

In einer Versammlung der Gastwirtsvereine zu Halle suchten die Brauereien die Gastwirte zu bestimmen, die von den Brauereien beschlossene Erhöhung des Bierpreises um 2 Mark pro Hektoliter anzunehmen. Die Brauereien empfahlen dabei, die Erhöhung in der Weise auf die Konsumenten abzuwälzen, daß künftig 1/4 Liter Bier 10 Pfg., 1/2 Liter aber 20 Pfg. kosten solle, wodurch die Wirte etwa 40 Mk. pro Hektoliter, also rund 9 Mk.

aus dem Leben des Evangelischen Bundes.

U. E. K. Daß der wachsende Evangelische Bund im Jahre 2000 Vereinen erfreuliche Zugänge lebendiger Mitglieder geben kann, hat der letzte vergangene Monat bewiesen. Vom 5. Juni bis 8. Juli fanden nicht weniger als große Hauptversammlungen statt in den 8 Provinzen: Ostpreußen, Posen, Brandenburg, Westfalen, Pommern, Hannover, Rhein- und Elsaß. Welch eine Mannigfaltigkeit und doch Einheitlichkeit zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen! Vom lieblichen Siterode in Ostpreußen, das mit seinen waldbewachsenen Seen vielen Ostpreußen aus allen Gegenden eine gute Herberge bot, bis zu dem gastlichen Saale in Elsaß, wo die Scharen in solchen Mengen, wie selten in Bundesversammlungen zusammengekömmt waren, und eine Verlesung der Hauptversammlung in die Provinz der Bevölkerung außerordentlich groß, überall von bedeutenden Fortschritten in der Organisation der Provinzen, namentlich Hauptprovinzen, die auf schwierigerem Wege erreicht werden, wie Posen, Elsaß und Pommern, berichteten einem Kranz blühender Zweigvereine. Unter dem Schutze der politischen Minderheitsregierung des klerikalistischen Reichstages, zur Selbstbestimmung auf seine Kräfte, zur Ueberwindung der lähmenden Gleichgültigkeit, zur erfreulichen Kraftentfaltung in hilfreichen Anstrengungen zu erstarken. Die Wahrung deutsch-protestantischer Interessen findet ein lebhaftes Echo, namentlich in den breiten Schichten des Volkes, der Bund ist ein Volksbund! Die Beteiligung der offiziellen Kirche kam aber auch durch überfüllte Versammlungen zu einem erfreulichen Ausdruck. Besonders in Westfalen, Pommern, Hessen, Elsaß, aber auch in Brandenburg und Brandenburg waren die anerkennenden und ermunternden Worte der Vertreter des Bundes ein guter Beweis für die Einschätzung der Bedeutung des Bundes, und es fehlten, soweit wir sehen, keine teilnehmende Grüße der kirchlichen Behörde nirgendwo. Daß die Stärke des Bundes liegt in seiner kräftigen Bewegungsfreiheit als unabhängige Organisation! Die behandelten Thematika auf den Versammlungen, sowohl in den alten, mit wichtigen Zahlen auftretenden Vereinen in Rheinland und Westfalen, als auch in

den übrigen Bundes machten den Vorwurf zu Schanden, daß der Bund sein hauptsächliches Betätigungsfeld in der Kritik einer anderen Konfession suche. So sehr auch die Uebergriffe des anspruchsvollen Ultramontanismus zur Abwehr nötigten, so war es doch die Freude am gemeinsamen Werk der weltbefreienden Güter der Reformation, die den Grundton der Versammlungen schuf. Da sprach man unter anderem in Ostpreußen über die Hauptaufgaben des Protestantismus, in Westfalen über die Triebkräfte im Protestantismus, in Pommern über Protestantismus und Erziehung, im Rheinland über die Fragen: der Evangelische Christ und seine Kirche, der Christ und seine Familie, in Posen über Grundlinien zur Betätigung des Bundes im öffentlichen Leben, in Hessen über die Bedenken gegen den Evangel. Bund, in Brandenburg über Evangel. Paritätssforderungen, in Elsaß über die gegenwärtige Lage und Aufgabe des Protestantismus. Wir können nur einiges auszugsweise erwähnen, aber wir dürfen sagen: Da sah man manches Erwähnen, aber wir dürfen sagen: Da sah man manches Auge leuchten und klopfen hörte man manches Herz unter dem begeisterten Worte hervorragender Redner. Da wurden Stimmungsberichte geschrieben, die einmal zu Nachtwerten sich umwandeln müssen zum Heil unseres Vaterlandes. Den Hauptinhalt erhielten die Tagungen durch die geschlossenen Abgeordnetenversammlungen, wo gründliche Arbeit zur Klärung und Erreichung der Ziele und Mittel getan und manche bedeutsame Randgebungen über wichtige Tagesfragen beschlossen wurden. Der Zentralvorstand war bei fast sämtlichen Veranstaltungen vertreten. In Ostpreußen, Posen, Pommern, Hessen, Darmstadt, Rheinland und Elsaß wohnte der Direktor und geschäftsführende Vorsteher Lic. Everling aus Halle a. S. den Verhandlungen bei, und es gelang durch diese persönliche Vertretung der Anschauungen und Ideale des GesamtBundes, bei aller Anerkennung der berechtigten Eigentümlichkeiten der verschiedenen Landesvereinigungen doch die einheitliche Bestimmung neu zu wecken und den gemeinsamen Arbeitsplan zu vertiefen. Nimmt man noch hinzu, daß am 7. Juni in Westpreußen anstelle einer Hauptversammlung zur Vorbereitung der diesjährigen Generalversammlung in Braunsberg vom 7. bis 11. Oktober eine inhaltreiche Sitzung des westpreussischen Vorstandes mit dem großen Festausflug stattfand, so wird man den Eindruck erhalten, daß das Leben des Bundes aller Anfeindung und Bekämpfung zum Trotz sich erfolgreich entfaltet, und daß der Evangelische Bund bei treuer, zäher Ausdauer die Verheißung hat, auch für das öffentliche Leben in der scheinbaren Erfolglosigkeit seine Erfolge vorzubereiten.